

## Gotthard-Kantone machen Druck

**ALTDORF.** Die 13 Gotthard-Kantone drängen die eidgenössischen Räte, beim Ausbau der Zufahrtsachsen zum Gotthard-Basistunnel vorwärtszumachen. Ins Gebet nehmen die Gotthard-Kantone vor allem den Nationalrat. Die grosse Kammer müsse bei der Beratung der Vorlage zur Finanzierung und zum Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (Fabi) den vom Ständerat vorgezeichneten Weg weiterverfolgen. Diesen Appell beschlossen die Gotthard-Kantone am Freitag an ihrer Generalversammlung in Altdorf.

Das Gotthard-Komitee sei enttäuscht, dass Fabi im ersten Ausbauschritt keine Massnahmen zur substanziellen Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Gotthardachse vorsehe. So fehlten auf unbestimmte Zeit beidseits der Basistunnels am Gotthard und am Ceneri leistungsfähige Zufahrten, heisst es in der Mitteilung. Der geplante Vier-Meter-Korridor für den Schienengüterverkehr sei eine unverzichtbare Sofortmassnahme, die aber nur kurzfristig die Nachfrage nach Güterverkehrskapazitäten decken könne.

Der Ständerat hatte der Fabi-Vorlage in der Wintersession zugestimmt und gleichzeitig gegenüber dem Vorschlag des Bundesrats eine grosszügigere und teurere Variante gewählt. Diese sieht zusätzliche von den Kantonen gewünschte Projekte vor – vor allem in der Ostschweiz. Die Verkehrskommission des Nationalrats schloss sich inzwischen dem Ständerat an. Wann der Nationalrat das Geschäft behandelt, ist zurzeit nicht bekannt. (sda)

# «Kapitel für die Schulbücher»

Verdingkinder, Zwangssterilisierte und andere Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen fordern vom Bund auch eine finanzielle Wiedergutmachung. Das bürgerliche Lager wehrt sich dagegen.

EVELINE RUTZ

**BERN.** Es sind viele Tränen geflossen, als sich Bundesrätin Simonetta Sommaruga am Donnerstag bei den Opfern von fürsorglichen Zwangsmassnahmen offiziell entschuldigte. Über 700 Betroffene wohnten der Zeremonie im Berner Casino bei. Für viele war der Gedenkakt zwar ein bedeutender, aber nur ein erster Schritt. Sie verlangen auch eine finanzielle Wiedergutmachung.

«Viele Betroffene leben am Existenzminimum», sagt Sergio Devecchi, ein ehemaliger Heimbebub. Insbesondere Verdingkinder verfügten oft nur über eine bescheidene Altersvorsorge und seien auf Ergänzungsleistungen angewiesen. «Da ist finanzielle Hilfe nötig.» Entschädigungen stehen für Devecchi aber nicht allein im Vordergrund. Ebenso zentral ist für ihn, dass noch vorhandene Akten zugänglich gemacht und die Fälle historisch aufgearbeitet werden. «Dieses dunkle Kapitel der Sozialgeschichte muss künftig auch in Schulbüchern thematisiert werden.»

### Ein Fonds für Härtefälle

Ursula Biondi, Vorstandsmitglied des Vereins Ravia (Rehabilitation der administrativ Versorgten), kämpft für einen Härtefall-Fonds. Betroffene, die in Armut lebten, seien zielgerichtet zu unterstützen – auch mit therapeutischer Begleitung. Der Staat könne



Mädchen in einem Verdingkinderheim in Frutigen 1947.

sich damit nicht freikaufen, er könne jedoch ein Zeichen setzen, dass er sein Versagen in der Vergangenheit tatsächlich anerkenne.

Biondi fordert zudem Rück-erstattungen. Jugendliche, die zur «Nacherziehung» in Strafanstalten gesperrt wurden, mussten Zwangsarbeit leisten. Meistens mussten ihre Angehörigen dafür sogar noch «Pflegekosten» bezahlen. «Das war für den Staat ein

lukratives Geschäft.» Nun müsse er das Geld, welches den Betroffenen gehöre, zurückzahlen.

Was die administrativ Versorgten betrifft, ist die Rehabilitation auch auf juristischer Ebene am Laufen. Ein Bundesgesetz, das auf einen Vorstoss von Ständerat Paul Rechsteiner (SP/SG) zurückgeht, war eben in der Vernehmlassung. Finanzielle Ansprüche werden darin allerdings nicht berücksichtigt, um seine Chancen im Parla-

ment zu erhöhen. Es regelt unter anderem die historische Aufarbeitung sowie den Zugang zu Akten. «Die Gesellschaft muss sich dieses Unrechts bewusst werden», sagt Rechsteiner. Damit werde ein wichtiger Prozess in Gang gesetzt. Einzelne Kantone und Städte hätten bereits Bereitschaft signalisiert, Härtefälle finanziell zu unterstützen. «Sie haben schon heute die Möglichkeit dazu.»

### Bürgerliche sind kritisch

Das Thema wird an einem nationalen runden Tisch zur Sprache kommen. Markus Ritter, Präsident des Bauernverbands, zeigt sich zurückhaltend. «Wir werden uns an dieser Diskussion beteiligen.» Es gelte, die Frage der Entschädigung aber differenziert anzugehen. Die Lebensgeschichten der Betroffenen seien sehr unterschiedlich. «Man kann das Unrecht nicht mit Geld wiedergutmachen», sagt SVP-Nationalrat Toni Bortoluzzi (ZH). Heute beund und verurteile man das Verhalten der damaligen Behörden aus einem anderen Zeitgeist heraus. Finanzielle Entschädigungen kämen zudem einem Schuldeingeständnis gleich, sagt Ständerat Alex Kuprecht (SVP/SZ).

Der ehemalige Heimbebub Devecchi ist sich bewusst, dass konkrete Schritte Zeit brauchen. «Bund, Kantone, Gemeinden und die Kirchen werden diese heisse Kartoffel hin- und herschieben.»

## KUNTERBUND



Die Sorgen der **Jungen Grünen** müsste man haben. In einem offenen Brief an die «Blick»-Redaktion fordern sie künftig auch männliche Pin-ups auf der Frontseite der Zeitung. Damit die Tabuisierung der Erotik für Frauen endlich ein Ende habe. Dass das Anliegen von den Jungen Grünen kommt, ist kein Zufall. Dort sind die Frauen in der Geschäftsleitung in der Mehrheit. (ck)



SP-Nationalrätin **Jacqueline Badran** tritt in jeden Fettnapf. Nach dem Rauswurf aus einem Club gerät sie laut «10 vor 10» wieder in die Kritik. Als Juso-Präsident **David Roth** sich auf Facebook über den Tod von Margaret Thatcher freute («Ich glaube, es ist nicht zynisch, heute ein Bier auf Maggie's besten Tag zu trinken»), drückte die Zürcherin auf «gefällt mir». Badran hat wohl die Benimmregeln für soziale Netzwerke des Thurgauer SVP-Politikers **Hermann Lei** noch immer nicht gelesen. (tga)



Die Linke wehrt sich gegen die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten. SP-Co-Generalsekretärin **Flavia Wasserfallen** fand in den Ferien im Berner Oberland eine valable Alternative. Sie kaufte ein bekanntes Lenker Fondue – vom Automaten, den ein Käsereiladen aufgestellt hat. Maschine statt Mensch: Der Gewerkschaftsbund wird sich freuen. (tga)

## Bundesanwalt Lauber kritisiert Zusatzaufgaben

Nach seinem ersten Jahr als Bundesanwalt zeigt sich Michael Lauber in seiner Strategie bestätigt – und zeigt sich wenig erfreut über seine neuen Kompetenzen.

**BERN.** Noch bis vor einem Jahr musste die Bundesanwaltschaft (BA) regelmässig heftige Kritik einstecken. Seit Michael Lauber Anfang 2012 das Steuer übernommen hat, ist es deutlich ruhiger geworden. Gestern veröffentlichte die BA nun ihren ersten Tätigkeitsbericht unter Lauber. Gemäss dem Bericht hat Lauber seit seinem Amtsantritt eine «Strategie der kleinen Schritte» verfolgt. Diese solle von Offenheit, Vertrauen und Professionalität geprägt sein. Der Rückblick auf 2012 bestätige dies als richtiges Vorgehen. Wie der Bericht weiter festhält, hat Lauber für seine Mandatsperiode Schwerpunkte definiert. Dazu gehört unter anderem die Einführung einer Verfahrenskontrolle, das Qualität und Effizienz steigern soll.

### Für Social-Phishing zuständig

Als Schwerpunkte der operativen Tätigkeit nennt der Bundesanwalt die Bekämpfung der Geldwäscherei, der Wirtschaftskriminalität, des Terrorismus und der italienischen Mafia sowie die Verfahren im Zusammenhang mit dem arabischen Frühling. Letztere seien 2012 sehr zeit- und ressourcenintensiv gewesen.

Wenig erfreut äussert sich die BA zu einem letztjährigen Entscheid des Bundesstrafgerichts: Dieses habe das sogenannte Social-Phishing, bei dem Täter mit massenhaft verschickten E-Mails an Kreditkartendaten zu gelangen versuchen, grundsätzlich dem Zuständigkeitsbereich der BA zugeordnet. Damit habe das Gericht

faktisch eine neue Bundeskompetenz geschaffen, ohne dass die BA die Möglichkeit gehabt hätte, sich dieser neuen Ausgangslage ressourcenmässig anzupassen. Das erforderliche Fachwissen sei weder bei der BA noch bei der Bundeskriminalpolizei (BKP) in ausreichendem Masse vorhanden. Im übrigen seien die Erfolgsaussichten in Social-Phishing-Fällen regelmässig in keinem Verhältnis zum Aufwand.

### Direktzugriff auf Ermittler

Weiter erneuert die BA ihren Wunsch, dass ihr die mit gerichtspolizeilichen Ermittlungen befassten Einheiten der BKP direkt unterstellt werden. Deren aktuelle Eingliederung ins Justizdepartement sei rechtsstaatlich problematisch: Zum einen könne der Bundesrat der BKP die Prioritäten ihrer Ermittlungstätigkeit vorschreiben. Das präjudiziere praktisch auch die Schwerpunktbildung der BA, die damit nicht unabhängig von der Exekutive entscheiden könne. Zum anderen könnten Informationen, welche die BKP bei ihren Ermittlungen gewinne, ohne Kenntnis oder Einverständnis der BA ans Justizdepartement oder an den Bundesrat gelangen. Das sei geeignet, die Unabhängigkeit der Strafverfolgung zu tangieren.

### Ex-Minister im Visier

Wie Lauber gestern gegenüber Radio SRF 1 bestätigte, untersucht die BA derzeit, ob Gelder des ehemaligen griechischen Verteidigungsministers Akis Tsochatzopoulos mit Schweizer Hilfe gewaschen wurden. Im Visier stehen Offshore-Gesellschaften, die von der Schweiz aus verwaltet wurden. Ins Rollen kam die Sache durch die Verhaftung von Tsochatzopoulos sowie dessen Cousin. (sda/red.)

Anzeige

**RANGE ROVER EVOQUE**

**ERWARTEN SIE DAS UNERWARTETE.**

Er ist eines der aufregendsten Fahrzeuge seiner Generation – da dürfen Sie ruhig etwas mehr erwarten, in der Stadt wie im Gelände. Denn mit Terrain Response®, Adaptive Dynamics und seinen effizienten Motorisierungen ist der Range Rover Evoque im Herzen ein waschechter Land Rover, als Coupé wie als 5-Türer. Steigen Sie ein und erleben Sie bei einer Probefahrt selbst, warum der Range Rover Evoque seit dem ersten Tag so erfolgreich ist. Jetzt bei Ihrem Land Rover-Fachmann.

[www.landrover.ch](http://www.landrover.ch)

**3.9%\***  
LEASING



ABOVE AND BEYOND





Film anschauen



[facebook.com/LandRoverSchweiz](https://facebook.com/LandRoverSchweiz)

\*Abgebildetes Modell: Range Rover Evoque 2.2 eD4 Dynamic, 5-Türer, man., 2WD, 150 PS/110 kW, Gesamtverbrauch 5.0 l/100 km, Ø CO<sub>2</sub>-Emission 133 g/km, Energieeffizienz-Kategorie A, Ø CO<sub>2</sub>-Emission aller in der Schweiz angebotenen Fahrzeuge 153 g/km. Basispreis CHF 54'500.– mit Zusatzausstattung CHF 780.–. Leasing gültig bis 30. April 2013, Berechnungsbeispiel: Sonderzahlung 10% der Basispreisempfehlung, Laufzeit 48 Monate, 10'000 km/Jahr, effektiver Jahreszins 3.97%, Kautions 5%, obligatorische Vollkasko nicht inbegriffen. Leasingrate monatlich CHF 641.– inkl. MWSt. Kreditvergabe ist verboten, falls sie zur Überschuldung des Konsumenten führt.